

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleit. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 295.
Postkz. - Konto Dresden 2486 / Staatsbank - Konto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpreisen-Verkaufstafel der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bock in Dresden.

Nr. 40

Dresden, Mittwoch, 17. Februar

1932

Der Reichspräsident vollzieht die Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg.

Berlin, 16. Februar.
Um 11.30 Uhr wurde eine Abordnung des Hindenburg-Ausschusses vom Reichspräsidenten empfangen. Für den Reichspräsidenten waren erschienen der Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichspräsidentenwahlkommissionar Dr. Simon, für den bayerischen Landesauswahl v. Winterstein und v. Seiffert, für den württembergischen Landesauswahl Dr. Robert Bosh und General v. Naub, für den sächsischen Landesauswahl Oberbürgermeister Dr. Sahn und General v. Naub, für den Reichspräsidenten in einer Ansprache, seine Unterschrift unter den Wahlvorschlag Hindenburg zu setzen.

Der Reichspräsident erwiderte in einer kurzen Ansprache:
Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten Worte. Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bezeugt habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht.

Sie, meine Herren, sehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedenen Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Doch Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedenen Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft leisten zu können, was mir in meinem Leben reich und heilig war: dem Vaterlande!

Zunächst vollzog der Reichspräsident die Unterschrift. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:
Ich erkläre hiermit, daß ich der Aufnahme meines Namens in den „Wahlvorschlag Hindenburg“ für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

Dr. Sahn über die Tätigkeit des Hindenburg-Ausschusses.

Berlin, 16. Februar.
Oberbürgermeister Dr. Sahn empfing heute mittag die Vertreter der Presse, um ihnen einen kurzen Überblick über die Arbeit des Hindenburg-Ausschusses zu geben. Er erinnerte daran, daß er bei der Gründung des Ausschusses am 1. Februar als sein Ziel angegeben habe, den Weg zu der Volkswahl Hindenburg zu bahnen. Dieses Ziel ist jetzt erreicht und zwar ohne jede Parteipolarisation und ohne amtliche Eingriffsmöglichkeiten. Dr. Sahn benutzte die Gelegenheit, um allen deutschen Zeitungen seinen Dank auszusprechen, die den Hindenburg-Ausschuss unterstützt und damit zu der großen Sache wesentlich beigetragen haben. Leider seien in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Zustände den Blick auch für die einfachen Notwendigkeiten nur zu leicht verdunkeln, die Absichten des Ausschusses von Teilen des Volkes verkannt oder mißverstanden worden. Demgegenüber stellte Dr. Sahn fest, daß der Ausschuss nur auf überparteilichem Wege auf die Wiederwahl Hindenburgs hingearbeitet, aber nicht die Absicht gehabt habe, selbst in die politischen Tagesfragen einzugreifen. Es habe dem Ausschuss auch völlig ferngelegen, etwa eine Probeabstimmung für die kommende Präsidentenwahl zu machen, das wäre technisch unangebracht und unmöglich gewesen. Von vornherein war klar, daß man auf diesem Wege nur einen Bruchteil der für Hindenburg zu wertenden Stimmen aufbringen könne. Immerhin konnte Dr. Sahn mitteilen, daß bisher schon über drei Millionen Eintragungen festgestellt sind. Das sei ein Ergebnis, das mehr als befriedigend sei.

Danktelegramm des Bayerischen Heimatschutzes an Hindenburg.

München, 16. Februar.
Der Bayerische Heimatschutz hat aus Anlaß der Vereiterklärung Hindenburgs zur Wiederannahme der Reichspräsidentenwahl folgende Telegramm an ihn gerichtet:
Dem Reichspräsidenten Herrn Generalmarschall v. Hindenburg, dem Vater des Vaterlandes, aufrichtigsten Dank des Bayerischen Heimatschutzes.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung in der Ausschusssitzung des ADB.

Berlin, 16. Februar.
Die Bundesausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung. Der stellvertretende Vorsitzende des ADB, Eggert, bezeichnete als Forderung der Gewerkschaften, daß die Reichsregierung, die Reichsbank, die Reichspost und die Reichsbahn in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils besträuben, in Angriff nehmen sollten. Leipzig schlug vor, die Delegierten des Frankfurter Kongresses zu einem außerordentlichen Krisenkongreß einzuberufen. Die Regierung müsse aufgefordert werden, auf diesem Kongreß zu erscheinen.

Zarnow vom Holzarbeiterverband hielt ein Referat über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung. Er führte u. a. aus:
Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr erlassenen Kredite aufgenommen werden. Wir denken an die Beschäftigung von etwa 2 Millionen Arbeitern. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter und anderes mehr von etwa 2 Milliarden RM erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen RM von vornherein durch die frei werdenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Leistung von höchstens 1,2 Milliarden RM übrig. Aus bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kreditbeschaffung sehr starke Reinigungsverschiedenheiten, auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert und daran, auf dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der offenen Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszufassen.

Nach eingehenden Darlegungen des Direktors der Arbeitersbank, Wachem, über das Wagemann-Projekt und nach Einwänden von Raphaeli (Forschungsbüro) gegen die Finanzierungsanschläge Zarnows verteidigte dieser in der Aussprache den von ihm vorgelegten Plan und dessen Finanzierung.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:
Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationperiode ziehe. Der offensichtlichste Widerspruch ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienens erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen. Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor die Notwendigkeit an, der allgemeinen Volkswirtschaft durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes. Die unerkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Der Bundesausschuss beschloß, den Frankfurter Kongreß für die nächste Zeit als außerordentlichen Krisenkongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Kämpfung des Doppelverdienens erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen. Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor die Notwendigkeit an, der allgemeinen Volkswirtschaft durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes. Die unerkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Der Bundesausschuss beschloß, den Frankfurter Kongreß für die nächste Zeit als außerordentlichen Krisenkongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Berlin, 16. Februar.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zwei Gesetzentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sowie über die Umgestaltung der Gebäudeeinkaufsteuer (Hauszinssteuer) im Reichstage eingebracht.

Die beiden Entwürfe gehen davon aus, daß die Lage des Baumarktes sich außerordentlich verschlechtert hat und in den kommenden Monaten zur völligen Katastrophe zu führen droht, weil öffentliche Mittel für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Um solche öffentliche Mittel trotz der Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. wieder freizumachen, fordert die Sozialdemokratie, daß die Hauszinssteuer in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden soll. Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen, ablosbar sein und den Kleinrenten von jeglicher Mehrbelastung freilassen. Durch möglichst genaue Anpassung der Rentenschuld an den Kapitalgewinn, den die Hausbesitzer durch die Inflation gemacht haben, soll ohne allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer ein höherer Ertrag als bei der Hauszinssteuer nach Durchführung der 20prozentigen Senkung erzielt werden.

In aber die auf diese Weise zu beschaffenden öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau auf keinen Fall ausreichen werden, sehen die Entwürfe außerdem die Auslegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung vor. Durch diese Anleihe soll das in großem Umfange gehamsterte Bargeld hervorgeholt und wieder der Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Zwei Drittel des Ertrages sollen für den Kleinwohnungsbaubau Verwendung finden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Fortsetzung der Bankberatungen im Kabinett.

Berlin, 16. Februar.
Die Wollst Büro erzählt, hat das Kabinettsamt auch heute die Beratungen über die Bankentlastung fortgesetzt, ohne daß sie aber jetzt schon zu einem Abschluß gekommen wären.

Dr. Goerdeler senkt Filmkosten.

Berlin, 16. Februar.
Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat heute vormittag nach wochenlangen Verhandlungen mit sämtlichen Zweigen der deutschen Filmindustrie seine Entscheidung über die verschiedenen Kostenfaktoren der Tonfilmherstellung getroffen. Die Berechnung regelt sämtliche Kosten und Gebühren, angefangen vom Rohfilm über die Preise der Aufnahmegeräte und die Lizenzen bis zu den Kopierpreisen. Darüber hinaus werden die Kosten für Tonwiedergabe-Apparaturen, Köhren, Photostellen, Lampen und Ersatzteile sowie die Vertriebsgebühren erklärt.

Der Reichskommissar hat für alle diese Teilgebiete keine neuen Senkungen angeordnet, sondern die im Laufe der Verhandlungen von den verschiedenen Stellen vorgenommenen Ermäßigungen akzeptiert und bestimmt, daß die jetzt geltenden Preise bis zum 31. Dezember 1932 nicht erhöht werden dürfen. Die in den vergangenen Wochen freiwillig vorgenommenen Senkungen der verschiedenen Tonfilmherstellungskosten betragen über 20 Proz. Soweit die Bezüge der Stars, Regisseure, Kameraleute, Architekten usw. immer noch in einem unangemessenen Verhältnis zu den Gesamt-

herstellungskosten eines Films stehen, ist die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie angewiesen worden, unverzüglich Verhandlungen zu führen, die eine unvereinbare Senkung oder Änderung solcher Bezüge zum Ziel haben sollen.

Zumulte im heftigen Landtag.

Darmstadt, 16. Februar.
In der heutigen Sitzung des heftigen Landtags kam es zu hier noch nie erlebten Vorgängen. Als der nationalsozialistische Fraktionsführer in der Angelegenheit des gestern abend durch einen Schuß schwer verletzten Abgeordneten Buttler eine scharfe Erklärung abgab, kam es zu heftigen Darmskizzen zwischen den Rechts- und Linksparteien. Bei den Worten des Staatspräsidenten Dr. Adlung, daß die Regierung ohne Ansehen der Person und Partei Recht eingegriffen habe und auch eingreifen werde und jede Warnung der Nationalsozialisten zurückweise, drohte es zu Tätlichkeiten zu kommen. Auf die Erklärung eines kommunistischen Fraktionsführers habe seine Abgeordneten auf dem Platz zu einem „unabhängigen Reich“ aufgefordert, verließen die Nationalsozialisten den Saal. Als der Zentrumsvizepräsident den Nationalsozialisten in seiner Verteidigungskrede für den Finanzminister Mangel an jeglichem Verantwortungsbewußtsein vorwarf, kam es zu erneuten Schreien und heftigen Debatten.

Reichsverkehrsminister Trede über das deutsche Verkehrsproblem.

Berlin 16. Februar.
Reichsverkehrsminister Trede sprach heute vor Studenten der Handelshochschule über das deutsche Verkehrsproblem. Er schilderte den Zustand, den der Weltkrieg — vielfach zu spät erkannt — in der wirtschaftlichen Aufschwundentwicklung der Vorkriegszeit bedeutet habe. Angekündigt habe sich der Übergang zur Wirtschaftskrisis im Geburtenrückgang, um dann abmählich — verstärkt durch Weltkrieg und Tribute — auch im Handels- und Verkehrsvolumen zum Rückgang zu kommen. Demgegenüber hätten die Investitionen von Kapital im Verkehrswesen noch jahrelang die aufsteigende Richtung beibehalten. So ergebe sich heute das schwere Verkehrsproblem der Anpassung des überbelegten Verkehrsapparates an die schrumpfende Verkehrsaufgabe.
In den Mittelpunkt dieses Problems stelle der Minister die Deutsche Reichsbahn.

müsse in einer Linie erhalten werden. Die Anknüpfung von Wasserstraßenbauprogrammen komme heute nicht mehr in Frage. Im Gegenteil sei die Verkehrspolitik heute dem, in der Binnenschifffahrt auf Ausschaltung ungeeigneten Wettbewerbs hinzuwirken mit dem Ziele der Erhaltung und allmählichen, schonenden Kapazität des Apparates an die zurückgehenden Verkehrsbedürfnisse. Ebenso wie hier das Bestreben der Reichsregierung dahin gehe, der Schiffahrt die Möglichkeit zum Zusammenbruch in Selbstverwaltungsfähigkeit zu geben, so sei auch im Kraftverkehrswesen der bisherige vernichtende innere Wettbewerb aller gegen alle nicht länger erträglich. Der Minister entwickelte die Gründe für die Befreiung der Reichsfrachtwagengütertarifs und wies darauf hin, daß die Entwicklung auch des Kraftverkehrs zu einer gewissen Selbstverwaltung hinführe. Auch die Reichsfracht der ganzen Welt sei überinvestiert, Deutschland sei wohl das einzige Land, dessen

Das Kabinett Laval geführt.

Paris, 16. Februar.
Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senats über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei zur Verhandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.
Das Kabinett hat auf Grund seiner Niederlage im Senat seine Demission gegeben.
Die Regierung hat um 17.25 Uhr dem Präsidenten der Republik das gemeinsame Demissionsschreiben überreicht. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen.
Im Senat legte heute nachmittags Innenminister Cahen de Villemorin dem Senat vor, den die Kammer angenommen hat. Die Verhandlungen wurden von der Linken, namentlich den kommunistischen Radikalen, mit heftigen Zwischenrufen begleitet.
Unmittelbar darauf stellte der Senatspräsident an den Ministerpräsidenten die Frage, wann er die Interpellation des Senats über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei zur Verhandlung geben werde. Ministerpräsident Laval erklärte, der Senat werde in der Regel nicht in der Lage sein, die Debatte über diese Interpellation rechtzeitig zu beenden. In dem Fall sei eine allgemeine Diskussion über die Minderheiten im Senat.

Die Regierung müsse während dieser Verhandlungen inaktiv bleiben und ihre ganze Autorität behalten. Die französischen Delegationen werden gegenüber dem Staatspräsidenten ausländischen Delegationen den französischen Staatspräsidenten gegenüber haben. Er schloß deshalb als Verhandlungstag Freitag, den 16. Februar, vor. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Laval mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärte Ministerpräsident Laval:
Ich bin bereit, den Tag der Diskussion eher anzusetzen, als vorzuziehen. Ich verlange aber, daß die Diskussion der Interpellation des Senats wegen der angeführten Gründe heute nicht stattfindet; denn vielleicht schon morgen wird eine ausländische Delegation in Genf Beschlüsse unterbreiten, zu denen die französische Delegation Stellung nehmen muß. Es handelt sich hier um eine internationale Frage, während es sich bei der Interpellation nur um innenpolitische Zustände handelt. Ich halte es für notwendig, daß die Diskussion der Interpellation des Senats über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei bis zum nächsten Freitag, den 19. Februar, verschoben werde. Ich halte es für notwendig, daß die Diskussion der Interpellation des Senats über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei bis zum nächsten Freitag, den 19. Februar, verschoben werde. Ich halte es für notwendig, daß die Diskussion der Interpellation des Senats über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei bis zum nächsten Freitag, den 19. Februar, verschoben werde.

150 Abgeordnete für ein Kabinett der nationalen Einigung.
Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.
Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Die Nationalsozialisten lehnen in den Reichstag zurück.

Berlin, 16. Februar.
Wie der „Angriff“ berichtet, wird die Fraktion der NSDAP am 23. d. M. geschlossen an der Sitzung des Reichstags teilnehmen und auch weiterhin solange, als es ihr zur Durchführung der parlamentarischen Rämpfe notwendig erscheint.

Keine Beschäftigung neu einreisender ausländischer Landarbeiter.

Berlin, 16. Februar.
Der Reichstag hat in seiner Sitzung am 11. Februar der Vorlage des Reichslandwirtschaftsministers zugestimmt, wonach mit Rücksicht auf die außerordentliche Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 1932 die Beschäftigung neu einreisender ausländischer Landarbeiter verboten ist.

Nationalsozialistische Erwidrohungen.

Ludwigshafen, 16. Februar.
Der Nationalsozialist Härtmann führte in einer Versammlung in Kaiserlautern aus: „Wir kommen im Reich über Preußen zur Macht auf legalem Wege. Der nächste preussische Innenminister wird nicht Karlsen werden, sondern Gregor Straßer sein. In Gregor Straßer Innenminister, dann haben wir die preussische Schutzpolizei in Händen, und ebenso auch die Waffenarsenale der Schutzpolizei. Was dann legal oder illegal ist, ist ganz egal. Zum letzten Reichstag wird noch einmal gewählt. In diesem Reichstag wird nur eine einzige Rede gehalten. Es tritt einer im Braunschweig auf die Rednertribüne und sagt kost unterer Majorität, mit einer Welle an die Republik: da unten: Was wollt Ihr hier? Seid Ihr noch nicht draußen? Und wenn Sie dann nicht schnell genug draußen sind, dann wird unsere SA ihnen keine machen.“

Berufung wegen des Überfalls auf den Abgeordneten Buttler.

Darmstadt, 16. Februar.
Wegen des Überfalls auf den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Buttler, der gestern durch einen Mordanschlag schwer verletzt wurde, sind verschiedene Mitglieder des Reichstags in Eberstadt unter dem Verdacht der Urheberchaft noch gefangen abend

Auch die Deutschnationalen bleiben den Verhandlungen des Thüringer Landtags fern.

Weimar, 16. Februar.
An den heutigen Plenarverhandlungen des Landtags nahmen weder die Nationalsozialisten noch die deutschen Nationalen teil, die angesprochen nicht erschienen waren. Eine Erklärung für diesen als Sympathieunterstützung für die Nationalsozialisten aufzufassenden Fernbleiben der Deutschnationalen wurde nicht abgegeben.

Karl Eimendorff als Leiter der Philharmonie.

Auch das dritte große Symphoniekonzert der „Direktion Knoblauch“ war ein Erfolg auf der ganzen Linie. Zunächst für den Wächter Staatskapellmeister Karl Eimendorff, der als Bayreuther Dirigent des „Abendangehörigen“ Weltjugend. Die Dresdner Aufführung lernten ihn hier erstmals kennen. Er ist ein aufmerksamer Dirigent, dessen Temperament bei reinen Instrumentalwerken manchmal mit ihm durchgeht. Dafür erweist die stark durchpaßte Ausgestaltung der „Don Juan“-Zwischenstücke von Richard Strauss und der Serenaden-Symphonie (E-Moll) von Johannes Brahms zahlreiche Vorteile. Bei dem Staatskapellmeister (aus dem Jahre 1888), dem Demons fürchte Poetik zugrunde liegt, überwiegt das Stürmische, Dringende bis zum erschütternden Schluß: „Der Himmelssturz“ ist verzerrt, und ist und dunkel wird es auf dem Herd. Bei der letzten Symphonie von Strauss (1885) ist der langsame Satz unter einer gewissen Nervosität, während Scherzo und Finale fortwährenden Schwung zeigen. Man weiß, daß Eimendorff die letzten Zeilen (Lobkowitz) nicht liebt, allein bei der sein abgewogenen Begleitung der Orchesterleiter gewann die andere, die „Mittelschicht“ in ihm sofort die Oberhand. Hier untermauert er die Höhe, tanzte und andauernde Partienstimme von Gerhart Hauptmann mit unheimlichem und „unter der Partitur“ vernehmlichem Feingehör. So wurde die Wiedergabe der Bilder von Hans Pfitzner (besonders „Sinkende Sonne“ und „Der alte Mann“), ferner von Hugo Wolf („Andreas Graf“) und das mit Recht da capo begriene „Der Herbst“ zu erlebten Kabinettbildern. Das herrliche und einzigartige Erlebnis des Abends bildete Max Meyer. An die Hoffnung. Die empfindsame Richtung Händel ist unvollständig mit weniger, aber desto eindringlicheren Strichen nachgehört. Wahrscheinlich

Heute abend Überreichung der deutschen Abrüstungsvorschläge.

Berlin, 17. Februar.
Der Führer der Deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz Reichsminister Brüning wird dem Vorsitzenden der Konferenz heute abend die deutschen Abrüstungsvorschläge überreichen. In der morgigen Versammlung wird Reichsminister Brüning die deutschen Vorschläge im einzelnen darlegen.

Die neue österreichische Aktion.

Wien, 16. Februar.
Die „Neue Freie Presse“ erhebt aus gutmütigsten Kreisen zu den Mitteln, die Bundeskanzler Dr. Brüning heute mittags bei diplomatischen Vertretern der Großmächte gemacht hat, daß dieser Schritt Österreich ein aus der harten Not resultierender Versuch sei, auch dem Völkerverbund nutzbringend, wie notwendig in Mitteleuropa eine unmittelbare Erleichterung der Lage ist. Die augenblicklichen Verhandlungen in Genf haben die Aufmerksamkeit beinahe gänzlich von mitteleuropäischen Kreise abgelenkt. Die österreichische Aktion soll sie wieder in den Vordergrund der Betrachtung rufen. Die österreichische Regierung wünsche, daß eine große Wirtschaft

Reichstagsbeschlüsse über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei.

Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Reichstagsbeschlüsse über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei.

Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Reichstagsbeschlüsse über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei.

Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Reichstagsbeschlüsse über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei.

Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Reichstagsbeschlüsse über die Verhaftung von Mitgliedern der Kommunistenpartei.

Paris, 16. Februar.
Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf am Spiele hängen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

in Wien ... damit ... in Betracht ...

Der Völkerverbund appelliert an Japan.

Genf, 16. Februar. Gegen den allgemeinen Erwartungen ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Amerika und die Ereignisse in Shanghai.

Tokio, 17. Februar. Wie aus zuverlässiger Quelle ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Die Aufnahme des Völkerverbundes appelliert in Tokio.

Tokio, 17. Februar. Der Appell der Mächte an Japan, der ...

Ein japanisches Ultimatum.

Tokio, 17. Februar. Die Regierung hat den Oberbefehlshaber ...

Neuer amerikanischer Protest beim japanischen Botschafter.

New York, 16. Februar. Nach einer Meldung der „Associated Press“ ...

Granaten schlagen in die englischen Werften Shanghais.

Shanghai, 17. Februar. Auf den englischen Werften am Wangpu ...

Einbrüche bei der amerikanischen Delegation in Genf.

Genf, 17. Februar. In der amerikanischen Delegation ...

Die englische Zollvorlage in zweiter Lesung angenommen.

London, 17. Februar. Die englische Zollvorlage ...

Strenge Zusammenfänge in Caragozza.

Caragozza, 17. Februar. Zwischen ...

Neue Zwischenfälle in Caragozza.

Caragozza, 17. Februar. In ...

Genf: Berater und Delegationen ...

Genf, 17. Februar. Die ...

Shanghai: ...

Shanghai, 17. Februar. ...

Genf: ...

Genf, 17. Februar. ...

Genf: ...

Genf, 17. Februar. ...

Aus der Landeshauptstadt.

Italien stiftet dem Hygiene-Museum zwei Bildwerke.

Gestern nachmittag fand in der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Die Jahrbücher der ...

Aus Sachsen.

Landtagsantrag.

Die kommunistische Landtagsfraktion ...

Landesverband für ...

Der Landesverband für ...

Veranstaltungen nach ...

Veranstaltungen nach ...

Kreisbauernschaft Dresden.

Kreisbauernschaft Dresden ...

Kreisbauernschaft Leipzig.

Kreisbauernschaft Leipzig ...

Kreisbauernschaft Chemnitz.

Kreisbauernschaft Chemnitz ...

Kreisbauernschaft Chemnitz.

Kreisbauernschaft Chemnitz ...

Kreisbauernschaft Chemnitz.

Kreisbauernschaft Chemnitz ...

Kreisbauernschaft Chemnitz.

Kreisbauernschaft Chemnitz ...

Amthlicher Teil.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die nachstehende Verordnung über die Preisbildung für den Mineralwasser-Verkauf im Kleinhandel vom 9. Februar 1932 erlassen...

Der Beauftragte des Reichskommissars für Preisüberwachung für Sachsen.

Verordnung über die Preisbildung für den Mineralwasser-Verkauf im Kleinhandel vom 9. Februar 1932

Kauf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Preisbildung des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (RSBl. I S. 747) wird hiermit folgendes bestimmt:

Auf den Kleinverkauf von Heilwasser, Tafelwasser, kohlensäurehaltigen Mineralwasser (Selters und Selterswasser) und Solenasser in Ladengeschäften, Apotheken, Garküchen und ähnlichen Gewerbetrieben werden hinsichtlich der Preisbildung die nachstehenden Höchstpreise festgesetzt:

- 1. In Apotheken und Ladengeschäften darf die Bruttoverkaufspreis für je 1 Liter bei einem Verkaufspreis über 13 Rpfr. bis 16 Rpfr. bei einem Verkaufspreis über 16 Rpfr. bis 19 Rpfr. bei einem Verkaufspreis über 19 Rpfr. bis 21 Rpfr.

2. In Ladengeschäften und Apotheken sind Preisverhältnisse mit den auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Kleinverkaufspreisen gut sichtbar anzubringen.

3. In Ladengeschäften und Apotheken sind Preisverhältnisse mit den auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Kleinverkaufspreisen gut sichtbar anzubringen.

4. Diese Verordnung tritt am 20. Februar 1932 in Kraft.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung. Dr. Scheiber.

Schiedsverfahren in dem Vergleichs- und Konkursverfahren.

- a) Conrad Robert Cielmann in Jahnsbad, b) Robert Edwin Cielmann in Jahnsbad, c) Hans Richard Cielmann in Jahnsbad

Als Vergleichsverwalter der offenen Handelsgesellschaft in Firma Robert Cielmann in Jahnsbad ist Herr Cielmann selbst ernannt.

Am 14. Januar 1932, vormittags 10 Uhr, ist das Konkursverfahren über das Vermögen der Eheleute Cielmann in Jahnsbad eröffnet.

Konkursverwalter Herr Rechtsanwalt Dr. Schürst in Ehrenfriedersdorf.

Amstgericht Ehrenfriedersdorf, 14. Januar 1932.

1. Der Beschluß vom 14. Januar 1932, durch den das Konkursverfahren über das Vermögen der Eheleute Cielmann in Jahnsbad eröffnet worden ist, ist am 2. Februar 1932 rechtskräftig und damit vollstreckbar.

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Amstgericht Chemnitz, 30. Januar 1932. Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 24 auf den Namen L. Zeuss...

Über das Vermögen des Bier- und Mineralwasserhändlers Paul Edwin Cielmann in Jahnsbad bei Cederan Nr. 34 wird heute, am 15. Februar 1932, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dr. Perfurth, hier.

Amstgericht Cederan, 15. Februar 1932.

Über das Vermögen des Klempnermeisters Paul Georg Hoffmann in Jizna, Schulstraße 8, wird heute, am 15. Februar 1932, nachmittags 3/4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Richter Röpke Hölzer, hier.

Amstgericht Jizna, 15. Februar 1932.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Sattlermeisters Otto Ewald geht in Glauchau, Leipziger Straße 80, Inhabers eines Sattlerei- und Polstergeschäftes daselbst, wird heute, am 16. Februar 1932, vormittags 8 Uhr, das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Vergleichsverwalter: Herr Kaufmann Gust Benke in Oberglauchau.

Amstgericht Glauchau.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Fabrikanten Paul Barth in Kämpfungen, alter Fabrik in Kämpfungen, wird heute, am 11. Februar 1932, vormittags 8 Uhr, das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Vergleichsverwalter: Herr Kaufmann Gust Benke in Oberglauchau.

Amstgericht Jizna, 11. Februar 1932.

Folgende im Grundbuche für Chemnitz, auf den Namen des Kaufmanns Julius Arthur Herzig in Chemnitz eingetragene Grundstücke sollen am 16. April 1932, ab vormittags 1/2 Uhr, an der Gerichtsstelle, Hohe Straße 23 (Reubau), 2. Obergeschoss, Saal 281, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden:

1. Blatt 3649 - Adolphi Str. 44 - nach dem Grundbuche 21,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 44.570 RM geschätzt.

2. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

3. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

4. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

5. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

6. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

7. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

8. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

9. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

10. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

11. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

12. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

13. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

14. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

15. Blatt 3649 - Adolphi Str. 42 - nach dem Grundbuche 7,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 56.485 RM geschätzt.

Versteigerung des Grundbuchs nicht erfüllbar waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen.

Amstgericht Dresden, 1. Februar 1932.

Das im Grundbuche für Edelstein Blatt 22 auf den Namen Paul Hermann Degenfeld eingetragene Grundstück soll am 14. April 1932, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Lotzringstraße 1, L. Saal 69 im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 3,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 6500 RM geschätzt.

Amstgericht Dresden, 1. Februar 1932.

Folgende im Grundbuche für Edelstein Blatt 1692 und 1693 auf den Namen der Frau Edith geb. Bockert dem gen. Töpfer geb. Werner eingetragene Grundstücke sollen am 14. April 1932, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Lotzringstraße 1, L. Saal 69, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden:

1. Blatt 1692, nach dem Grundbuche 4,2 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

2. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

3. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

4. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

5. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

6. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

7. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

8. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

9. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

10. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

11. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

12. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

13. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

14. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

15. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

16. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

17. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

18. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

19. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

20. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

21. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

22. Blatt 1693, nach dem Grundbuche 4,1 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 59.900 RM geschätzt.

Versteigerung des Grundbuchs dem Anspruchs des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzuliegen.

Amstgericht Ehrenfriedersdorf, 10. Februar 1932.

Folgende im Grundbuche für Edelstein auf den Namen des Bauherrn Paul Lorenz in Ehrenfriedersdorf eingetragene Grundstücke sollen am 11. April 1932, am der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden:

1. vormittags 9 Uhr, Za 17/31 Blatt 1102, nach dem Grundbuche 2,6 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 15.200 RM geschätzt.

2. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

3. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

4. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

5. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

6. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

7. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

8. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

9. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

10. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

11. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

12. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

13. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

14. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

15. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

16. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

17. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

18. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

19. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

20. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

21. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

22. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

23. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

24. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

25. vormittags 1/2 Uhr, Za 18/31 Blatt 373, nach dem Grundbuche 78,9 Hektar groß und nach dem Versteigerungspreis auf 39.100 RM geschätzt.

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie am 23. Dezember 1931 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren...

Das im Grundbuche für Scheidegrün, Blatt 79 auf den Namen des verstorbenen Bauers Hermann...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 2940 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie am 15. Januar 1932 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren...

Das im Grundbuche für Hain Blatt 607 auf den Namen des Fahrverleiheren Max Rudolf...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 6,3 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 41 000 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie am 24. April 1931 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren...

Das im Grundbuche für Grünländerberg Blatt 125 auf den Namen des Landwirts Bogus East...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 20-Okt. 72,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 63 000 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. Januar 1932 verstorbenen Verleiheren...

Das im Grundbuche für Scheidegrün, Blatt 79 auf den Namen des verstorbenen Bauers Hermann...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 2940 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechtungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugehen.

Das im Grundbuche für Scheidegrün, Blatt 79 auf den Namen des verstorbenen Bauers Hermann...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 2940 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie am 22. Dezember 1931 verstorbenen Verleiheren...

Das im Grundbuche für Hain Blatt 607 auf den Namen des Fahrverleiheren Max Rudolf...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 6,3 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 41 000 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 22. Dezember 1931 verstorbenen Verleiheren...

Das im Grundbuche für Scheidegrün, Blatt 79 auf den Namen des verstorbenen Bauers Hermann...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 2940 RM geschätzt...

Die Ansicht der Miteigentümer des Grundbuchamts und der übrigen das Grundbuch betreffenden...

Rechte auf Verdrängung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. Januar 1932 verstorbenen Verleiheren...

Das im Grundbuche für Scheidegrün, Blatt 79 auf den Namen des verstorbenen Bauers Hermann...

Das Grundbuch ist nach dem Flurbuche 2,1 Nr. 10 groß und nach dem Verkehrswert auf 2940 RM geschätzt...

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Rechtsrat Dr. L. Die am 15. Februar ausgegebene Nr. 10 enthält: Bg zur Beibehaltung der Einweisung von Anwärtern und Schülern...

Aus Sachsen.

Dom Besitzanspruch Döbel.

Der Besitzanspruch hielt am 2. d. M. unter dem Vorsitz des Amtspräsidenten Dr. Vogel...

Der Bürgermeisterstelle.

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Der Bürgermeisterstelle.

Der Herrgott des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Der Bürgermeisterstelle.

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Der Bürgermeisterstelle.

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Der Bürgermeisterstelle.

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Rechnungsjahr 1932 gütlich noch nicht angesetzt sind, bis auf weiteres unzulässig ist, soweit die Abrechnung...

Die Berufs-Bürgermeisterstelle der Gemeinde Götzhain (Gemeindeamt) ist am 1. April d. J. neu zu besetzen...

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Die Berufs-Bürgermeisterstelle der Gemeinde Götzhain (Gemeindeamt) ist am 1. April d. J. neu zu besetzen...

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Die Berufs-Bürgermeisterstelle der Gemeinde Götzhain (Gemeindeamt) ist am 1. April d. J. neu zu besetzen...

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...

Die Berufs-Bürgermeisterstelle der Gemeinde Götzhain (Gemeindeamt) ist am 1. April d. J. neu zu besetzen...

Zusolge Wahl des derzeitigen Stellensuchers in ein anderes Amt ist die Ende Januar 1932 ministeriell verfügte, nichtverfügbare...